

Besserung befürchten lassen. Die zehnjährigen Kreis-
kontrollen sind wiederholt und einbringlich von den
deutschen Stellen auf die Sturmzeichen im oberschlesischen
Industriegebiet aufmerksam gemacht worden. Von neuem
debt der polnische Fehler in den Betrieben der oberschlesischen
Berg- und Hüttenindustrie an. Die Arbeitsziffern
haben wesentlich nachgelassen. Junge arbeitsscheue Bur-
schen glauben die Zeit für gekommen, um mühsamer ihr
Geld zu verdienen. Trotz aller Ausschreitungen harret der
größte Teil der Beamten und Angestellten in den Betrieben
weiter aus, und es kann nicht genug wundernehmen, daß
auch die deutsche Arbeiterschaft dem provozierenden Treiben
ihrer polnischen Kollegen immer noch in musterhafter
Gebuld zuseht. Zahlreiche Polenansammlungen fanden
besonders im Rudolfer Revier statt. Gegen die Stadt
Katibor wird ein förmlicher Boykott durchgeführt.
Die Bauern der umliegenden Dörfer dürfen keine
Lebensmittel, besonders keine Kartoffeln und kein Ge-
müse auf den Katiborer Markt bringen. Eine sehr zweifel-
hafte Meldung wird auf dem Umwege über Rotterdam
verbreitet. Danach soll

der Mörder des Majors Montalgre,
des Offiziers, der seinerzeit in Beuthen erschossen wurde,
verhaftet worden sein. Es handelt sich um einen 21-jährigen
Oberschlesier, Sohn deutscher Eltern mit Namen
Jocke, der die Tat eingestanden und behauptet, dafür eine
größere Summe Geldes bekommen zu haben. Von welcher
Seite er angeklagt wurde, hat er dagegen noch nicht einge-
standen. Die deutsche Regierung hat sofort eine Nach-
prüfung des angeblichen Sachverhalts angeordnet, der dem
Ergebnis der bisherigen Untersuchung dieses Falles voll-
ständig widerspricht. Man glaubt eher, daß dieses ange-
gebliche Geständnis vielleicht durch Geld erkaufte ist, um die
Schuld den Deutschen in die Schuhe zu schieben.

Ein kleiner Irrtum.

Tschechische Wünsche nach einer Grenzberichtigung.
Aus dem Prager Parlament wird berichtet: Außen-
minister Dr. Beneš erklärte in der Kammer die Grenzen
der Tschechoslowakei mit Oberschlesien für unbefriedigend.
Sowohl strategische wie politische Rücksichten forderten
dringend ihre Berichtigung. Darüber werde im Zusammen-
hang mit dem Schicksal Oberschlesiens entschieden
werden. Besonders wichtig sei für die Tschechoslowakei
die Erwerbung von 16 Gemeinden nächst Troppau. An
Troppau grenzt der rein deutsche Kreis Leobschütz. Die
tschechoslowakische Regierung ermangele nicht, bei jeder
günstigen Gelegenheit auf ihre Ansprüche hinzuweisen.

Bei diesen Äußerungen ist jedoch dem tschechischen
Minister ein kleiner Irrtum unterlaufen. Wenn die
Tschechoslowakei irgendwelche Wünsche nach deutschem
Land hat, so muß sie sich darüber auf dem Wege gegen-
seitiger Vereinbarungen mit der deutschen Regierung ver-
ständigen. In der Tat sind auch von tschechischer Seite
Anregungen gegeben worden, die auf einen Austausch
gewisser Landstrichen an der Grenze Böhmens gegen
Schlesien hinauslaufen, um eine geradlinige Grenzfüh-
rung zu ermöglichen. Dagegen wäre es gänzlich verfehlt,
wenn die Tschechen glaubten, bei Gelegenheit der Entsch-
dung über Oberschlesien ein Stück dieses Landes auf dem
Wege der Annexion erhalten zu können. Der Oberste Rat
hat dazu gar keine Berechtigung, denn der Friedensver-
trag steht vor, daß nur im Falle einer Zuteilung ganz
Oberschlesiens an Polen die Tschechen einen Streifen des
Abstimmungsgebietes erhalten sollten. Ein Zusammen-
hang zwischen einer auf freier Vereinbarung beruhenden
eventuellen gegenseitigen (1) Grenzregulierung und der
Entscheidung des Obersten Rates besteht also überhaupt
nicht. Sollte Herr Beneš trotz dieser klaren Rechtslage
wirklich gewisse Annexionswünsche in Paris vertreten
wollen, so müßte man das als eine Herausforderung an-
sehen, die die bisherigen freundschaftlichen Beziehungen
zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei bedenklich
fördern könnte.

Ruhe vor dem Sturm.

Eine Rede des früheren Vizetanzlers Dr. Heinze.
In einer Rede in Sohland a. d. Spree kennzeichnete
der Reichstagsabgeordnete Dr. Heinze die gegenwärtige
politische Lage als „Ruhe vor dem Sturm“. Falls Ober-
schlesien verlorengehe, sei das Ende des Kadnetts
Birtch da, aber auch die Dauer des jetzigen Reichstages
hinge davon ab. Mit der Möglichkeit der Auflösung
des Reichstages sei zu rechnen, wenngleich nicht mit
der Wahrscheinlichkeit. Dr. Heinze betont, daß eine Lös-
lösung der ungelösten Fesseln des Versailles Diktats ein-
treten würde, wenn das genügende deutsche Volk einig sei
in der Auffassung Deutschlands über die Unerfüllbarkeit
der Bedingungen und darin, daß es Pflicht jedes einzelnen
sei, mit beizutragen, sie allmählich abzustreifen. Das
deutsche Volk müsse möglichst aktive Politik treiben und
das Ausland unter allen Umständen darüber aufklären,
daß Deutschland nicht schuldig sei am Ausbruch des
Krieges, ja, daß es eher zu friedliebend gewesen sei. Die
Annahme des Ultimatum sei der letzte Versuch gewesen,
Oberschlesien und das Ruhrgebiet zu retten. Die Forde-
rungen des Ultimatum könnten wir doch nicht erfüllen,
auch dann nicht, wenn wir unser Bestes leisten wollen.
Selbst die Entente habe bereits eingesehen, daß wir die
Bedingungen nicht erfüllen können, und zwar bei der
Lieferung der Goldmilliarde und bei der erzwungenen
Ausfuhr deutscher Waren. Zum Schluß warnte der
Redner vor dem Schlagwort der Heranziehung der
Goldwerte, denn weite Kreise würden schwer ge-
troffen, ja vernichtet, und das übertrage sich auf die ganze
Volkswirtschaft. Die große Frage der Ausbringung der
Steuern sei nur vom allgemeinen nationalen Standpunkt
aus zu lösen, jeder müsse Opfer bringen.

Der Steuerabzug von Gehalt und Lohn

Erweiterte Anrechnung der Werbungskosten.
Bekanntlich sind in den Fällen, in denen Abzüge im
Sinne des § 13 des Einkommensteuergesetzes (Werbung-
kosten usw.) in der Zeit vom 1. April bis zum 31. Juli
d. Js. beim Steuerabzug nicht berücksichtigt worden sind,
in der Zeit vom 1. August bis zum 31. Oktober, die festen
Ermäßigungen auf 0,40 Mark für die Stunde, 1,40 Mark
für den Arbeitstag, 8,40 Mark für die Arbeitswoche und
35 Mark für den Monat zu erhöhen. Nach einem an die
Landesfinanzämter gerichteten Erlaß des Reichsfinanz-
ministers sind diese höheren Ermäßigungen auch dann
anzulassen, wenn in der Zeit vom 1. April bis zum 31.
Juli 1921 Beträge der in § 13 Absatz 1 Nummer 3 des
Einkommensteuergesetzes genannten Art (Beiträge zu
Krankenk., Unfall-, Haftpflicht-, Angestellten-, Invaliden-

und Erwerbslosenversicherung, Wittwen-, Waisen- und
Pensionskassen) beim Steuerabzug berücksichtigt worden
sind.

Von zuständigen Stelle wird mitgeteilt: Daß in eini-
gen Kreisen verbreitete Gerücht, daß die Finanzbeamten
an den neuen Steuern für die Erhebung mit einem ge-
wissen Prozentsatz beteiligt seien, entbehrt jeglicher Be-
gründung.

Genug Röhre — zu wenig Futter.

Minister Hermes über die Ernährungslage.
Reichsernährungsminister Hermes, der zurzeit die
Pfalz bereist, hielt in Ludwigsbafen eine Rede über die
Lage der Lebensmittelversorgung. Der Minister erklärte,
er könne den zurzeit herrschenden Pessimismus bezüglich
unserer Ernährungslage, der von den Sanktionen sowie
von der anhaltenden Dürre hervorgerufen sei, nicht teilen.
Über den Ausfall der Kartoffelernte könne man
noch kein endgültiges Urteil abgeben. Er sei mit dem
Reichsverkehrsministerium in Verbindung getreten, um
eine Verminderung der Frachtsätze für Lebensmittel zu
erreichen. Ferner seien Notstandsstarife für Rohwuttermilch
in Vorbereitung. Unser Bestand an Milchkühen sei
hinreichend. Es fehle nur noch das notwendige Kraft-
futter zur Fütterung der Milchproduktion. Durch die
schleunige Hebung der Milchproduktion hoffe man auf eine
billigere Lieferung der Butter. Man werde aber den
Städten gewisse Mengen billiger Milch für minder-
bemittelte Familien zur Verfügung stellen. An Stelle von
Röhren, die nunmehr in Deutschland in hinreichender Zahl
vorhanden sind, werde Nordamerika jetzt Futtermittel
nach Deutschland ausführen. Es sei Aufgabe unserer
Wirtschaft, die alten Beziehungen mit dem Weltmarkt
wieder anzuknüpfen. Zu einer intensiven Hebung des
Getreidebaus in Deutschland könne die Notwendigkeit
nicht außer acht gelassen werden, die Rentabilität der Ge-
treideproduktion zu gewährleisten. Wir brauchen dazu die
Wiedereinführung der freien Wirtschaft. Es sei festzu-
stellen, daß augenblicklich 20 000 Tonnen Stickstoff mehr
als im Jahre 1913 dem deutschen Agrarboden zugeführt
wurden.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Der Frieden Amerikas mit Deutschland.

Die Londoner „Morning Post“ will aus gut un-
tersuchter Quelle erfahren haben, daß die Washingtoner
Regierung, bevor sie in Deutschland die Eröffnung von
Verhandlungen über einen Sonderfrieden vorschlägt, mit
den Hauptstaatsmännern des Versailler Vertrages offi-
ziös Besprechungen gepflogen habe, um sich zu verge-
wissern, daß sie in dem Abschluß des Vertrages durch die
Vereinigten Staaten keine Schwierigkeit sehe. Anlaß
hierzu hat der Umstand gegeben, daß der Vertrag mit
Deutschland die den Vereinigten Staaten auf Grund der
wirtschaftlichen und Reparationsbestimmungen des Ver-
sailler Vertrages zustehenden Rechte und Privilegien
umfassen werde. Das Blatt fügt hinzu, die Allierten
hätten natürlich keinerlei Einwendungen erhoben.

Ausreichender Umlagepreis.

Der Landbund der Provinz Sachsen hatte in einer
Rundgebung behauptet, daß der Landwirt auf jedes in
Deutschland gebautes Umlagegeld 95 Pfennig zuzahlen
müsse. Halbamtlich wird eine ausführliche Darlegung
verbreitet, in der die Berechnungen der erwähnten Rund-
gebung widerlegt werden und in der vor allem darauf
hingewiesen wird, daß die durch die Indexkommission,
in der die Landwirtschaft selbst vertreten war, errechneten
Umlagepreise einen vollständigen Erlaß für die durch-
schnittlichen Getreideproduktionskosten und auch für die in
der letzten Zeit eingetretene Steigerung derselben dar-
stellen.

Beamten demonstration in Hamburg.

Dienstag versammelten sich auf der Noortweide Tau-
sende von Hamburgischen Beamten und Beamtinnen, um
ihren Mitbürgern und der Regierung ihre Not vor Augen
zu führen. Es wurde dem Senat eine befristete Ent-
schlüsselung unterbreitet, in der eine sofortige Nothilfe von
2000 Mark sowie Erhöhung der 1919 festgesetzten Grund-
gebälter und Luenerungszulagen gefordert werden.

Berschwundene gewerkschaftliche Gelder.

Eine recht dunkle Angelegenheit, die allem Anschein
nach auf die nach dem Unabhängigen-Parteitag in Halle
entstandenen Differenzen zwischen Unabhängigen und
Kommunisten zurückzuführen ist, beschäftigt augenblicklich
die Berliner Gewerkschaftskommission. Zwei kommunisti-
sche Treuhänder, Paul Edert und Karl Hagen, verwalten
das Vermögen der Unterstützungskommission von über
345 000 Mark. Das Geld soll verschwunden sein und die
Freigewerkschaftliche Betriebszentrale spricht von Unter-
schlagung und Mißwirtschaft. Die Verschwinden lassen
durch ihren Rechtsanwalt erklären, es sei kein Pfennig
unterschlagen. Die Einnahmen seien ordnungsgemäß
verbucht und zum größten Teil bestimmungsgemäß ver-
wendet. Paul Edert, der festgenommen war, ist nach Vor-
lage der Bankbücher wieder entlassen worden. Jedenfalls
geht die Untersuchung dieser eigenartigen Affäre weiter.
Die Briefkasten im Rheinland.

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat sich das
Recht zugesprochen, jederzeit die Ausübung von
Brieffen und Postsendungen von den deutschen Behörden
fordern zu können. Sie verfährt dementsprechend und
richtet auf bestimmte oder auf unbestimmte Zeit bald in
diesem, bald in jenem Orte des besetzten Gebietes Postüber-
wachungsstellen ein. Es ist dringend erwünscht, daß die
Abwesenheit von Brieffen usw. nach Orten in den besetzten
rheinischen Gebieten sich dieser Sachlage immer bewußt
bleiben und in ihren Mitteilungen alles vermeiden, was
im Falle einer Durchsicht ihrer Sendungen ihnen selbst und
insbesondere auch den Empfängern zum Nachteil gereichen
könnte.

Die Streikbewegung in Danzig.

Der Senat der Freien Stadt Danzig erläßt einen
Aufruf an die Bevölkerung, in dem er darauf hinweist,
daß der Generalfreilich in der beschlossenen Form ein Ver-
brechen an der Allgemeinheit sei. Für den Staat könne
er zur Katastrophe werden, weil, zumal durch Unruhen,
die Freiheit des Staates aufs schwerste gefährdet würde.
Es würden alle Anstalten zur Unterdrückung von Un-
ruhen getroffen. Dem Volkstage wird bei seinem Zu-
sammentreten die Vorlage zugehen, wonach die Gehälter

der Beamten mit Wirkung vom 15. August so erhöht wer-
den, daß die in letzter Zeit eingetretene Steigerung der
Lebenshaltung ausgeglichen wird. In entsprechendem
Grade sollen die Bezüge der Angestellten erhöht werden.
Die Lage der Arbeiter soll mit einer Steigerung der
Wohlfahrt aufgebessert werden. Die privaten Arbeiter
werden aufgefordert, gleiches Vorgehen zu beachten.

Belgien.

× Belgischer Nationalfeiertag. Um dem maßgebenden
großen französischen Bruder auch auf diesem Gebiete nach-
zueifern, hat Belgien sich einen neuen Nationalfeiertag
zugelagt. Durch Dekret des Ministers des Innern ist der
4. August, der Tag, an dem die deutsche Armee 1914 die
belgische Grenze überschritt, zum Nationalfest erhoben
worden. An diesem Tage werden sämtliche Glocken läuten,
auf den öffentlichen Plätzen finden Konzerte statt, und in
den Schulen wird auf die Bedeutung des Tages hinge-
wiesen. Belgien feiert also von nun an zwei National-
feste, das eine am 21. Juli und das andere am 4. August.
Vielleicht kommen im Laufe der Zeit noch einige hinzu.

Spanien.

× Besorgnisserregende Gärung. Beunruhigende Nach-
richten werden seit einigen Tagen laut. In Bilbao und
in den meisten größeren Städten haben bei der Abfahrt
der Soldaten nach Marokko Kundgebungen der Arbeiter
stattgefunden, denen sich vielfach die Soldaten ange-
schlossen haben. Die Regierung befürchtet ernste Unruhen,
besonders in Katalonien. Der König verläßt Madrid
nie. Eine Kundgebung in Madrid, die sich mit den Er-
gebnissen der Marokko besessen wollte, ist von der Polizei
unterjagt worden.

Aus In- und Aus'and.

Berlin. Zu den Gerüchten, daß Generallandwirtschafts-
rat Dr. Rapp in Thüringen weilen soll, wird von der Stoch-
holmer Polizei gemeldet, daß Rapp Schweden noch nicht
verlassen hat, wohin er sich bekanntlich nach seinem Putsch begab.

Paris. Der Schiedsrichter für die Donau-Flottille,
die im Kriege verwendet wurde, hat seine Entschcheidung ge-
troffen. Die von den Alliierten vorgenommene Beschlagnahme
von 609 000 Schiffsraum wird im allgemeinen für gültig
erklärt.

London. Der diplomatische Berichterstatter des „Evening
Standard“ schreibt, insofern der abnehmenden Haltung der ameri-
kanischen Regierung sei der Plan einer Konferenz zur
Washingtoner Abrüstungskonferenz fallen gelassen
worden.

Brüssel. Das Sprachengesetz für die Verwaltung ist nun-
mehr mit 74 gegen 57 Stimmen bei 16 Stimmenthaltungen
von der Kammer angenommen worden. Damit ist die Ver-
waltungsprache in Flandern flämisch.

Brüssel. Die luxemburgische Kammer hat, um
dem Abkommen, das mit Belgien geschlossen wurde, gerecht zu
werden, eiligst einen Zolltarif angenommen, der vollkommen
dem belgischen entspricht. Dadurch tritt die luxemburgisch-bel-
gische Zollkonvention sofort in Kraft. Sie ist auf 50 Jahre
abgeschlossen.

Belgrad. Die Nationalversammlung nahm mit 190 gegen
54 Stimmen das Gesetz gegen die Kommunisten an.

Der Preussische Kultusminister über den Film „Geschlechtskrankheiten“.

Zu der heute Donnerstag und morgen Freitag 8 Uhr stattfin-
den Vorführung des Films „Die Geschlechtskrankheiten und ihre
Folgen“ im hiesigen Schauspielhaus erlaube mir noch, daß der Preu-
sische Minister für Volkswohlstand in einem Erlaß vom 15. April
ds. Js. alle Staatsbehörden ersucht, die Vorführung dieses Films
nach Möglichkeit zu fördern, da er als ein geeignetes Mittel zur
notwendigen Aufklärung des Volkes über die Gefahren der Ge-
schlechtskrankheiten anzusehen und deshalb von großem Wert für
die Förderung und Erhaltung der Volksgesundheit sei. Dieser Film
verdient also die regste Unterstützung aller Kreise, denen wirhliche
medizinische Aufklärung und sich daraus entwickelnde Befundung
unseres Volkes am Herzen liegt. Der Film, der von der Deutschen
Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in Berlin
hergestellt worden ist und durch den Begeleitortrag eines hiesigen
Arztes wirksam unterstützt wird, vermeidet in jeder Weise abstoßende
oder verletzende Einbrüche. Er zeigt lediglich, in logischer Folge
geordnet, an sorgsam ausgewählten Beispielen die Folge dieser
furchtbaren Seuche. Er zeigt aber auch Wege zur Vermeidung
unerbittlichen Unheils und darf daher, dank seiner gediegenden Form,
als ungenügend wertvoll bezeichnet werden. In Berlin und Hamburg
haben die Oberbehörden den Film ihren Abteilungen vorführen
lassen und ihn häufig für die Schulen erworben, ein Beweis mehr
dafür, daß es sich hier um etwas außerordentlich Nützliches und Nützlich-
haftes handelt. Hier wird der Film zum befruchtenden und erfolgreichen
Kämpfer gegen die unter Volk an seinem Lebensnerv treffenden
Seuchen. Unbedenklich können Eltern und Erzieher ihren heran-
wachsenden Söhnen und Töchtern den Film zeigen.

Vom Raunhofer Schützenfest.

Nun hat Raunhof mit all seinen vielen Gästen das
Schützenfest hinter sich. Das Wetter hat bis zum Schluß
stark gehalten. Die übermäßige Hitze erzeugte, wie der
Münchener sagt, einen „schönen Durst“ und mancher wird seinen
lehten Nicker für das „leure Bier“ geopfert haben. Das dies-
jährige Fest konnte sich aber auch würdig an die Seite seiner
Vorkriegsjahre stellen, so daß es niemandem gereute, den Fest-
platz besucht zu haben. An allen drei Tagen wurde feste ge-
schossen; außer den Mitgliedern der Raunhofer Gilde nahm eine
große Anzahl auswärtiger Schützen an dem Schießen teil. Es
gibt ja auch andere Schützenfeste, bei denen zwar gelanz,
geessen und getrunken, aber umso weniger geschossen wird.
Hier unterscheidet sich das berühmte Raunhofer Schützenfest
wesentlich von anderen Veranstaltungen. Es wurde viel und
fleißig geschossen, auch stehen die allgemeinen Schießresultate,
aber die wir noch berichten werden, auf einer achtunggebenden
Höhe. Unter solchen Umständen ist die Königswürde, die
dieses Mal Herrn Ingenieur Mag. M. I. a. e. I. zuziel, eine eben-
so ehrlich erworbene, wie die seiner drei Minister, Herren Guts-
becker, Bernlein-Erdmannshain, Böhmermeister Rahm
und Uhrmacher Weidenhammer. Mit der feierlichen
Proklamation, die unter lebhafter Anteilnahme im großen
Festsaal vor sich ging, hatte das Fest seinen Höhepunkt erreicht
und es folgte als schöner Abschluß das Feuerwerk. Es
krefelten die feurigen Sonnen und Räder, Raketen und Leucht-
kugeln flogen zum Himmel empor und verhandeln weit hin,
daß eines der volkstümlichsten Feste unserer Stadt sein Ende
erreicht hatte, ein Fest, das noch vielen lange in Erinnerung
bleiben wird.

Sächliche

Connenaußen
Connenunterge
1772 Erste I
gelt. — 1905 G
Die Deutsche d

□ Ungerechtes
der unzureichend
Ausland ist noch
fig werden der
schier Ländchen
reichlich-ungarisch
(Böhmen, Mäh-
rien-Herzegowina
Zelle von Karni
unrichtig nach de
Österreich und
gelten, freigema
daß die vorbezei
Polen, Rumänien
und daß Briefe
sagen unterliegen

□ Postentlaste
Postentlastungen
unentgeltlich an
kaufte der Zeit i
nartlage auf der
glüht werden so
gewiesen werden
Lieferungsüberneh
kaufpreis von 1
haben. Die Her
Lieferungsüberneh
industrie freigeleg
Wäcker mit den
übereinstimmen.

— Raunhof.
Tag erreicht haben.
Neben. Am Aben
Qual befreite. Ein
Zustände gekloffen.

— Raunhof.
Ist Dienstags und
Au-bildung von Reil
vom roten Kreuz zu
daß in Raunhof ein
gemeinheit zu gute
der Vorhänge der
zu Raunhof immer
bilden laßt. Die De
des bekannten Weiler
verein Leipzig-Orl
Sanitätskolonnen von
nisse und Erfahrungen
ist Inhaber des Red
Deutschen Lebensretter

Mit Freude kann
Teilnehmer aufmerk
halt bemüht bleiben.
legen. Ausgebildet
um die edelle Tat,
reisen, folgende Lieb
Rückwärtskommen, S
im Wasser (Schwimm
tauchen mit Schwimm
3 Meter Restlospen
eines angeführten 2', 3'
und Befreiungsgriffe
Kapitän, Erklärung
nach Schluß. Vor
untersucht worden,
schon das 40. Lebensj
genug anzuerkennen,
zeit ihr Leben für
freiwilligen Sanitätsk
lebende Herren haben
damit das Interesse,
gelegenheit entgegen
praktischem Unterricht
ist zu hoffen, daß der
Prüfung bestehen mö

— Städt. Arb
wurden in Raunhof
— weibl.; Ingselant

Im W

Ro
Und nun bega
nen Schützen, deren
Munde dieses gra
Er ergäbte sich
Von jener Sti
küst; von ihrem
halten und dann
ber sie ihm schon
merktlich diese
wie er ausgefangen
Marga verstan
„Anerkennung“
— „und — was i
Paul suchte mit
Da richtete sie
nicht mehr an sie.
gibt mehr und —
Paul suchte:
Marga über
Bieder weh mit
„Nun, ich me
hingen, diese Fil
Wäcker, das —
„Breiten!“
„Jawohl! Ra
Sie hielt inne
andern des Dr
ballte und dicht v
Klang eigenartig
was Du von ihr
ertrage das nicht
wird sich ändern
Ich werde sie zur
mich sie nur geb
ist gleichgültig, o
während sie ein
trichen Direktor E